

Wagner, Gert G.

**Article**

## Politik muss und kann mehr sein als Wirtschaftspolitik: Kommentar

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Wagner, Gert G. (2011) : Politik muss und kann mehr sein als Wirtschaftspolitik: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 78, Iss. 34, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152185>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Politik muss und kann mehr sein als Wirtschaftspolitik

Was waren das doch für Zeiten, als vor etwa 20 Jahren die Mauer wie ein Kartenhaus zusammenklappte? Der Beleg, dass marktwirtschaftliche Systeme dem Plan überlegen waren, konnte deutlicher nicht erbracht werden. Heute ist Ernüchterung eingetreten, denn auch der Kapitalismus steckt in einer Krise. Immer deutlicher ist zu Tage getreten, dass die Vorstellung, man müsse den Märkten nur mehr Spielraum geben und alles werde gut, in die Irre geführt hat. Heute zeigt sich, dass dieser Marktradikalismus auch die ganz banale Funktion hatte, Teilen der wirtschaftlichen Elite den politischen Spielraum zu verschaffen, der es – ideologisch überhöht – erlaubte Umverteilung von unten nach oben zu betreiben. Erstaunlich ist es, dass trotz der zwischenzeitlich notwendigen Sozialisierung des von Akteuren auf den Finanzmärkten angerichteten Schadens die Politik bis vor kurzem nicht willens war, Maßnahmen zu ergreifen, die die Finanzmärkte effektiv zähmen könnten. Gereicht hat der Gestaltungswille lediglich dazu, die unmittelbaren Folgen der Bankenkrise abzufedern. Noch immer glauben viele Politiker, was ihnen wirtschaftspolitische Berater immer wieder sagten, dass gegen „die Märkte“ nicht viel auszurichten sei. Trotz vieler empirischer Ergebnisse, die Marktunvollkommenheiten zeigen, und grundlegenden Erkenntnissen der Verhaltensökonomie, die Marktunvollkommenheiten erklären, gilt Keynes, der immer Marktunvollkommenheiten und „Irrationalitäten“ betonte, in der Wirtschaftspolitik als überholt. Das trifft ganz besonders für Deutschland zu, wo die Wirtschaftswissenschaften und auch die Wirtschaftspolitik stark neoklassisch geprägt sind. Umverteilung und Transfers zugunsten der Schwachen gelten als grundsätzlich schädlich.

Als wäre all das nicht schon Krise genug, gibt es in der Eurozone auch noch eine Krise, die Umverteilung und Transfers erfordert. In Europa macht sich sehr schmerzlich bemerkbar, dass mit der Schaffung einer Währungsunion der zweite oder dritte Schritt vor dem ersten gemacht wurde. Eine Währung spiegelt immer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die politische, insbesondere die finanzpolitische

Solidität einer politischen Einheit wider. Deshalb hätte vor dem Euro eine gemeinschaftliche Finanzpolitik und eine aufeinander abgestimmte Wirtschaftspolitik stehen müssen. Jetzt muss die Politik die Versäumnisse so gut wie möglich ausbessern, will sie nicht den Zerfall der Eurozone riskieren, der kaum absehbare politische Konsequenzen hätte.

Man sollte sich erinnern: Die Europäische Union ist keineswegs als ein ökonomisches Konzept gedacht gewesen, sondern als ein politisches Modell. Was heute oft vergessen wird: Im kleinteiligen Europa ist eine Zeit von über 50 Jahren ohne Krieg zwischen Staaten eine Besonderheit. Die europäische Jugend wird heutzutage mit einer ganz anderen Perspektive groß: Sie rechnet mit einem dauerhaften Frieden und orientiert sich grenzüberschreitend – nicht nur im Urlaub, sondern auch in beachtlichen Teilen beruflich.

Wie man es dreht oder wendet: Soll Europa nicht auseinanderbrechen, werden Transferzahlungen auch weiterhin unumgänglich sein. Man kann dies mit dem Begriff „Transferunion“ diskreditieren. Man könnte aber auch deutlich sagen: Wir wollen eine Transferunion sein, da uns ein friedliches Europa sehr viel wert ist. Allerdings kann praktizierte Solidarität mit den Krisenländern keine Einbahnstraße sein. Auch sie stehen in der Pflicht und müssen sich als verlässliche Partner erweisen, die die gewährte Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe ansehen. Die Bedingungen, unter denen Hilfen gewährt werden, müssen von allen Mitgliedern der Eurozone getragen werden. Auch hier sind also Regulierungen nötig. Die Regeln müssen verbindlich und für alle Seiten nachvollziehbar sein. Im Klartext heißt das: Staaten und Regierungen, die auf außerordentliche Hilfen angewiesen sind, müssen sich von der EU „hineinregieren“ lassen. Wer Hilfen in Anspruch nimmt, wird zeitweise einen Teil seiner Autonomie aufgeben müssen. Dazu werden Staaten und ihre Wählerinnen und Wähler nur bereit sein, wenn sie von der europäischen Friedensidee überzeugt sind. Dafür muss die Politik endlich kräftig werben und sich nicht bloß von „den Märkten“ instrumentalisieren lassen.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
78. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
PD Dr. Joachim R. Frick  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Sabine Fiedler

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Frauke Braun  
PD Dr. Elke Holst  
Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach  
Dr. Thure Traber

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.